

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 25. Oktober 1963

Blatt 2289

Gesperrt bis 18 Uhr!

Eröffnung der umgebauten Volkshochschule Alsergrund =====

25. Oktober (RK) Heute abend eröffnete Vizebürgermeister Mandl in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste die neuadaptierte Volkshochschule Alsergrund in der Galileigasse.

Das ehemalige Schulgebäude, in dem die Volkshochschule untergebracht ist, befand sich in einem sehr unansehnlichen Zustand. Eine Generalsanierung wurde daher unerlässlich. Besonders hervorzuheben sind die Neugestaltung des großen Vortragsaales und die Modernisierung des Kinosaales. Die Kosten für die Generalsanierung der Volkshochschule Alsergrund betragen , 1,8 Millionen Schilling.

In seiner Eröffnungsansprache führte Vizebürgermeister Mandl aus:

"Wenn mir heute die angenehme Aufgabe zufällt, die Volkshochschule Alsergrund in einer schöneren, bequemeren und praktischeren Ausstattung wieder zu eröffnen, so möchte ich bei dieser Gelegenheit drei Dinge betonen, die mir gerade für dieses Haus von besonderer Bedeutung zu sein scheinen.

Erstens ist es der Bezirk in dem es steht. Wie kein anderer in Wien vereint er durch die Fülle von Hochschulinstituten, Universitätskliniken und anderen Einrichtungen wissenschaftlicher Ausbildung ohne Zweifel viele der bedeutendsten Stätten der Wiener Hochschulbildung.

./.

Wenn manche der Überlegungen, die es derzeit im Rahmen der Wiener Stadtplanung gibt, realisiert werden kann, wird darüber hinaus dieser Bezirk noch mehr als bisher zu einer richtigen Universitätsstadt werden. Wie erfreulich ist es, in diesem Zusammenhang festzustellen, daß es auf diesem Boden aber auch Hochschulen für das Volk gibt und damit jene Zeiten längst überwunden sind, da sich solche Einrichtungen nicht einmal Volkshochschulen nennen durften, weil "hohe Schulen" für das Volk nicht erwünscht schienen. Heute können wir mit Befriedigung feststellen, daß sich dieses Haus als Volkshochschule zwanglos in den Rahmen der vielen Hochschultätigkeiten in diesem Bezirke einfügt.

Darüber hinaus möchte ich Sie zweitens auf den Namen der Straße hinweisen, in der dieses Haus errichtet wurde: die Galileigasse. Müssen wir es nicht als eine Art Patenschaft auffassen, wenn einer der überragenden Begründer moderner wissenschaftlicher Forschung im Namen dieser Straße verewigt wurde? Gleich neben diesem Hause finden wir eine Erinnerungstafel für diesen genialen Forscher, dessen Unerschrockenheit und dessen geistige Freiheit mir auch für die Arbeit in diesem Gebäude beispiel- und richtunggebend erscheint.

Drittens möchte ich schließlich auf diesen Bau selbst zu sprechen kommen. Er stand einst in der ehemaligen Vorstadt Rossau und diente damals noch lange nicht wie heute als Schulgebäude, geschweige denn als Volkshochschulgebäude. Vielmehr handelte es sich früher um ein Waisenhaus. Aber unter den Zöglingen dieses Hauses befand sich einer, der für alles, was in Zukunft hier geleistet werden soll, ebenso als Vorbild dienen kann, wie Galilei im wissenschaftlichen Sinn: Karl Seitz. Als völlig mittelloser junger Mensch hier erzogen, arbeitete er sich im geistigen und politischen Sinn so sehr empor, daß er nicht nur berufen war, im politischen Leben unserer Stadt und unseres Staates die Spitzenrolle zu übernehmen, sondern gerade auch auf dem Gebiete des Volksbildungswesens entscheidende Impulse für den Unterricht und für die Unterrichtenden geben konnte.

So scheint mir, daß dieses Haus in einer überaus glücklichen Weise, - wenn ich so sagen darf, in einer dreifachen geistigen Pa-

tenschaft - über Vorbilder verfügt, die sicherlich für seine künftige Arbeit Leitsterne und Ansporn sein werden. Die Stadt Wien hat es sich zur Ehre angerechnet, zur Errichtung dieses hohen Zieles in Form des nunmehr vollendeten Umbaues beizutragen. Ich möchte allen danken, die ihre Kraft hierfür eingesetzt haben. Ich möchte aber vor allem die Mitarbeiter dieser Volkshochschule ersuchen, in diesen Räumen nunmehr jenes Leben zu entfalten, das sie notwendig haben werden, wenn sie nicht ein totes Kleid bleiben sollen. Ermüden Sie nicht, in Ihren Anstrengungen neue zeitgemäße Wege zu finden, das große Anliegen der Volksbildung zu verwirklichen, das ohne Zweifel im Zeitalter von Funk, Film und Fernsehen anderer Methoden bedarf, als in früheren Tagen. Seien Sie in diesem Sinn erfinderisch, seien Sie geduldig und seien Sie zäh in Ihrer Arbeit. Ich wünsche Ihnen den besten Erfolg und eröffne hiermit die Volkshochschule Alsergrund."

- - -

Auch in der "Nachsaison":Wiener Fremdenverkehrszahlen steigen weiter
=====

25. Oktober (RK) Der Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien über den Fremdenverkehr im September kann wieder mit erfreulichen Zahlen aufwarten. Die steigende Tendenz hält auch in der Nachsaison weiter an.

Der Bericht bringt im einzelnen folgende Angaben: Insgesamt kamen 96.615 Besucher nach Wien, um 5.440 mehr als im September 1962. Davon waren 75.714 Ausländer (September 1962: 70.524 und 20.901 Österreicher (September 1962: 20.651). Die Zahl der gemeldeten Übernachtungen betrug 296.717 (September 1962: 286.952).

Bei den ausländischen Gästen waren wieder wie im Vorjahr die Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland mit 23.791 (September 1962: 23.108) an erster Stelle, gefolgt von 12.955 Amerikanern (September 1962: 11.356) und 4.318 Engländern (September 1962: 4.000). Die vierte Stelle nahm die Schweiz ein, und zwar mit 4.906 Besuchern (September 1962: 4.087). An fünfter Stelle kamen die Italiener mit 3.794 Besuchern (September 1962: 3.989).

Aus den östlichen Nachbarländern kamen insgesamt 4.261 Besucher nach Wien, und zwar aus Ungarn 2.475, aus Jugoslawien 982 und aus der Tschechoslowakei 804 Reisende.

In den Jugendherbergen waren 6.510 Jugendliche einquartiert, um 39 weniger als im September 1962.

- - -

Rathauskeller bleibt weiter im Betrieb
=====

25. Oktober (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, ist nun in Angelegenheit Rathauskeller entschieden worden. Der Rathauskeller bleibt weiter im Betrieb und wird vorderhand nicht umgebaut. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war der Umstand, daß der Rathauskeller nicht gerade im nächsten Jahr geschlossen werden kann, wenn die Große Internationale Gartenschau 1964 in Wien stattfindet.

Der Umbau und die Modernisierung des Rathauskellers ist jedoch nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. Ein genauer Termin für den Umbau kann allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden.

- - -

Modeschule feierte den Tag der Fahne
=====

25. Oktober (RK) Die Modeschule der Stadt Wien in Schloß Hetzendorf, die alljährlich den Tag der Fahne in besonderer Weise begeht, hält diesmal die Feier bereits am Vortag, also heute vormittag ab. Alle 233 Schülerinnen haben sich mit dem diensthabenden Lehrkörper zu einem Ausflug in das Gebiet um Carnuntum vereint, bei dem die römischen Ausgrabungen und Sammlungen besichtigt werden. Auf historischem Boden versammelt Direktor Professor Liewehr alle Teilnehmer, um eine große rot-weiß-rote Fahne, die in den Boden gepflanzt wurde und hielt eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung des bevorstehenden Tages der Fahne hinwies. Direktor Liewehr zeigte hierbei die geschichtlichen Bindungen auf, die Österreich mit der Antike verbinden und einen wesentlichen Bestandteil der jahrhundertealten Kultur unseres Landes ausmachen. Im Anschluß daran besuchten die Schülerinnen und ihre Lehrer Schloß Altenburg und den Hundsheimer Kogel, um sich hierbei auch das Schicksal der östlichen Grenzgebiete Österreichs in unserer Zeit zu vergegenwärtigen.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

25. Oktober (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Als erster Punkt der Tagesordnung erfolgte die Wahl von zwei Mitgliedern des Bundesrates. Diese Wahl ist notwendig geworden, da Bundesrat Dr. Hertha Firnberg mit Rücksicht auf ihre Angelobung als Abgeordnete zum Nationalrat und Bundesrat Friedrich Karrer mit Rücksicht auf seine berufliche Beanspruchung ihr Mandat zurückgelegt haben. Da beide Bundesräte der SPÖ angehörten, steht dieser auch das Vorschlagsrecht für die beiden Mandate zu. Der Vorschlag der SPÖ lautet auf Karl Sekanina und Leopold Gratz, die beide mit den Stimmen der Mehrheitsparteien gewählt wurden.

Auch die Reihung der vom Land Wien entsandten Mitglieder des Bundesrates wurde mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen:

1. Stelle: Otto Skritek
2. Stelle: Fritz Eckert
3. Stelle: Alfred Porges
4. Stelle: Rudolfine Muhr
5. Stelle: Ing. Rudolf Harramach
6. Stelle: Franziska Krämer
7. Stelle: Leopold Gratz
8. Stelle: Albert Römer
9. Stelle: Dr. Friedrich Koubek
10. Stelle: Dr. Hans Thirring
11. Stelle: Karl Titze
12. Stelle: Karl Sekanina

Über eine Gesetzesvorlage, betreffend die Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch im Gebiete der Stadt Wien, referiert Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik. Nach diesem Entwurf soll das bestehende Gesetz mit Ablauf des 31. Dezember außer Kraft treten, doch sind Abgabenbeträge, die auf die Zeit bis zum Ablauf des 4. Februar 1963 entfallen, noch nach den bisherigen Bestimmungen einzuheben. Die Aufhebung des Gesetzes erfolgt auf Grund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes, der sich auf den Standpunkt stellt hat, daß eine solche Abgabe eine Behinderung des inländischen Handels darstelle und dadurch auch

die Einheitlichkeit auf diesem Sektor der Wirtschaft gefährdet wäre. Er vertrat auch die Meinung, daß es sich hier um einen Zoll innerhalb der Republik handelt und eine solche Abgabe der Verfassung nicht entspricht. Die Stadt Wien will nun mit der heutigen Gesetzesvorlage den Erkenntnissen des Rechnungshofes entsprechen. Sinn des Gesetzes war es, einen Überblick über das angelieferte Fleisch zu haben und die Marktlage beobachten zu können. Diese Möglichkeit wird uns in Zukunft genommen sein.

Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) führt aus; Es gereicht der Gemeinde Wien nicht unbedingt zur Ehre, mit diesem Gesetz nicht nur eine Verfassungsbestimmung, sondern auch den Gleichheitsgrundsatz verletzt zu haben. Man hat somit auf Grund eines verfassungswidrigen Gesetzes 13 Jahre lang Abgaben eingehoben. Wir begrüßen es daher, daß endlich die Konsequenzen gezogen werden. Es erhebt sich nur die Frage, ob nicht auch bei dem Gesetz über die Ausgleichsabgabe für Lebewiehe, das ganz ähnlichen Motiven entsprungen ist, der Gleichheitsgrundsatz verletzt wird. Es würde der Stadt Wien zur Ehre gereichen, wenn sie sozusagen von Amts wegen diese Ausgleichsabgabebestimmungen auf Lebewiehe untersuchen und, falls man zu der Ansicht kommen sollte, daß hier ebenfalls der Gleichheitsgrundsatz verletzt wurde, dieses Gesetz ebenfalls aufheben würde. Wien würde damit ein gutes Beispiel setzen und wesentlich zur Wahrung der Rechtssicherheit beitragen. Der Redner bringt schließlich einen Antrag auf Richtigstellung einer Zitierung ein.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik erklärt in seinem Schlußwort, daß diese Ausgleichsabgabe in Österreich erstmals im Jahre 1940 eingeführt wurde, im Jahre 1949 wurde sie dann auf ein Wiener Gesetz umgeändert.

Wenn man die Dinge heute beurteilt, muß man sich die Situation des Jahre 1949 vor Augen halten, als der Kaloriensatz 1300 bis 1500 betrug, und man große Schwierigkeiten hatte, Fleisch nach Wien zu bringen. Dem Richtigstellungsantrag tritt der Berichterstatter bei. Das Gesetz wurde einstimmig beschlossen.

Gleichfalls einhellige Zustimmung gibt der Landtag entsprechend dem Bericht von Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik der Opferfürsorgeabgabegesetz-Novelle 1963, mit der die Wir-

kungsdauer des Opferfürsorgeabgabegesetzes bis 31. Dezember 1968 verlängert wird. Dieses Gesetz gibt, wie der Berichterstatter ausführt, die Möglichkeit, den Kriegsoptionen, den Opfern des Faschismus und den Zivilinvaliden eine zusätzliche Unterstützung zu gewähren.

Damit ist die Tagesordnung des Landtages erschöpft.

Sitzung des Wiener Gemeinderates

25. Oktober (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an den Landtag zu einer Sitzung zusammen. Es lagen vor: je eine Anfrage der ÖVP, FPÖ und KLS. Ferner hatte die KLS eine Anfrage, betreffend "die Wiener Fleischwerke" eingebracht. Dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Ferner lagen folgende Anträge vor: von der SPÖ, betreffend "die Durchführung der Rundfahrten 'Neues Wien'"; von der FPÖ, betreffend "Einführung einer Fragestunde im Wiener Gemeinderat"; von der ÖVP, betreffend "Beitritt der Wiener Hafenbetriebsgesellschaft zum Österreichischen Kanal- und Schifffahrtsverein Rhein-Main-Donau"; betreffend "Vorbereitungen Wiens für die Bewerbung als Austragungsort der übernächsten Olympischen Sommerspiele"; betreffend "Anbringung einer Gedenktafel für Elsa Brandström am neuerbauten Schwesternhaus des Wilhelminenspitals"; betreffend "Einsatz von Sanitätern des Bundesheeres in Wiener Spitälern und beim Rettungsdienst", sowie betreffend "einen ermäßigten Eintrittspreis für Familienbesuch beziehungsweise die Einführung von Familientagen zu ermäßigten Preisen bei der Wiener Internationalen Gartenschau 1964".

Zum ersten Punkt der Tagesordnung stellt GR. Pfoch (SPÖ) den Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für das Gebiet südlich der Rosiwalgasse beiderseits der Himberger Straße im 10. Bezirk. Er stellt fest, diese Umwidmung sehe vor, daß ein jetzt als Baugebiet geltendes Gelände zum Großteil als Grünland und für die landwirtschaftliche Nutzung gewidmet wird.

In der Debatte nimmt Gemeinderat Opravil (SPÖ) den Antrag zum Anlaß, an die Wiener Bevölkerung den Appell zu richten, die zu ihrer Erholung bestimmten Anlagen vor Verunreinigungen und Beschädigungen zu schützen. Es gebe zahlreiche Menschen, die nicht wüßten, wie sie sich in der Natur zu verhalten haben. Viele Wiener wüßten ihre Erholungsgebiete nicht zu schätzen und vor allem die herrlichen Anlagen des Wienerwaldes würden immer mehr verunreinigt. In diesem Zusammenhang weist der Gemeinderat auf die nachahmenswerte Aktion der "Roten Falken" und anderer Jugendvereinigungen hin, die es kürzlich unternommen haben, wenigstens einen Teil des Wienerwaldes von Abfällen zu reinigen. Dabei wurden mit sechs Lastautos mehr als 500 Säcke solcher Abfälle gesammelt und weggebracht.

Es sei jedoch fehl am Platz, sich nur auf solche Aktionen zu verlassen und zu glauben, die Jugend allein sei dazu da, die Fehler der Erwachsenen wieder gutzumachen. Alle Wiener müßten dafür sorgen, ihre Erholungsplätze nicht nur im Wienerwald, sondern auch auf allen anderen Grünanlagen reinzuhalten und nicht als Ablagerungsstätten zu benützen.

Da Gemeinderat Pfoch auf ein Schlußwort verzichtet, wird sofort zur Abstimmung geschritten und der Antrag einstimmig angenommen.

Neues Gemeindedarlehen für die Verkehrsbetriebe

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung referiert Vizebürgermeister Slavik. Er stellt fest, daß es notwendig ist den Wiener Verkehrsbetrieben die Möglichkeit zu geben, ihren Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Personalausgaben nachzukommen. Dafür sind insgesamt 37 Millionen Schilling erforderlich. Darüber hinaus müßten die Verkehrsbetriebe Vorauszahlungen für unbedingt notwendige Auftragserteilungen im Zusammenhang mit der Vergrößerung des Wagenparks leisten. Diese Aufträge betreffen die Lieferung von 20 Gelenk-

zügen der Type "E" und von 25 Gelenktriebwagen der Type "F". Die Vorauszahlungen dafür betragen insgesamt 9,5 Millionen Schilling. Schließlich sind zur Abgeltung der Nebengebühren für den Zeitraum vom 1. Jänner bis 30. April 1963 weitere 2,160.000 Schilling erforderlich. Mit diesem Geld sollen jedem Dienstnehmer einheitlich 180 Schilling brutto für netto ausbezahlt werden. Alles zusammengenommen benötigen die Verkehrsbetriebe also 48,660.000 Schilling.

Da die Verkehrsbetriebe diese Summe nicht aus ihren eigenen Mitteln bestreiten können, wird der Antrag gestellt, den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetrieben seitens der Hoheitsverwaltung ein Darlehen in der Höhe von 48,660.000 Schilling zu gewähren, das aus Darlehen, die von der Hoheitsverwaltung für die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe aufzunehmen sind, zurückzuzahlen ist und mit zwei Prozent über der jeweiligen Bankrate beziehungsweise mit den Zinssätzen dieser aufzunehmenden Darlehen zu verzinsen ist. Wie es in dem in drei Punkte gegliederten Antrag ferner heißt, soll der Magistrat ermächtigt werden, Darlehen von insgesamt 71,660.000 Schilling - in dieser Summe sind bereits gewährte Darlehen in Höhe von 23 Millionen Schilling enthalten - aufzunehmen und an die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe weiterzugeben beziehungsweise zur Rückverrechnung der von der Hoheitsverwaltung den Wiener Verkehrsbetrieben vorschußweise gewährten Darlehen zu verwenden.

In der Debatte weist GR. Leuscher (KLS) darauf hin, daß die Wiener Verkehrsbetriebe, die ohnehin schon tief verschuldet seien, den neuen Kredit mit sechseinhalb Prozent Zinsen zurückzahlen müssen. Gegenüber den Kreditbedingungen für die Privatwirtschaft sei dies eine krasse Benachteiligung, da die Privatbetriebe nur vier Prozent Zinsen zahlen müssen, die Unternehmer des Gast- und Schankgewerbes sogar zinsenlose Kredite erhalten, von denen nur die Hälfte zurückgezahlt werden muß. "Wir sehen nicht ein", stellt der Gemeinderat fest, "daß die Verkehrsbetriebe hier geradezu erbärmlich behandelt werden". Er verlange Aufklärung darüber, warum die stadteigenen Verkehrsbetriebe bei der Darlehensgewährung bedeutend schlechter behandelt werden als die Privatwirtschaft. Seine Fraktion stimme zwar der Kreditgewährung selbst zu, lehne jedoch die Belastung der Verkehrsbetriebe mit neuen Zinsen ab.

GR. Peter (FPÖ) bedauert als nächster Debattenredner, daß es mit den Wiener Verkehrsbetrieben soweit kommen mußte und ihnen neue Zinslasten aufgebürdet werden. Dies sei bedauerlich, aber auch seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, weil eben nichts anderes übrigbleibe. Im weiteren erinnert der Gemeinderat an die vorjährige Budgetdebatte, in der Stadtrat Schwaiger die Situation der Stadtwerke in düsteren Farben geschildert hatte. Seit damals sei Zeit genug gewesen, einen umfassenden Sanierungsplan auszuarbeiten. Dies sei jedoch bisher nicht geschehen, sondern die Verschuldung werde im Gegenteil immer weiter getrieben und die Verkehrsbetriebe seien geradezu mit einem Faß ohne Boden zu vergleichen. Bis zur nächsten Budgetdebatte habe man jetzt noch rund zwei Monate Zeit. Vielleicht gelingt es bis dahin, einen Plan auszuarbeiten und vorzulegen. Seine Fraktion werde jedenfalls ausführlich bei der kommenden Budgetdebatte auf dieses Problem zu sprechen kommen.

GR. Lanc (SPÖ) erklärt, man dürfe die einzelnen Punkte des Antrags keineswegs isoliert betrachten, sondern in der Gesamtheit. Ebenso dürfen auch die Wiener Verkehrsbetriebe nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur im Rahmen der Gesamtgebarung der Wiener Stadtwerke. In der Privatwirtschaft sei es nämlich ebenfalls durchaus üblich, nichtaktive Betriebe mitzuschleppen.

Bei einer Betrachtung der Wiener Stadtwerke als Gesamtheit ergebe sich folgendes Bild: Im Jahre 1958 war ein Abgang von 314,3 Millionen Schilling präliminiert, der tatsächliche Abgang betrug 242 Millionen Schilling. Im folgenden Jahr seien die entsprechenden Zahlen auf 206,7 beziehungsweise 134,6 Millionen Schilling gesunken. 1960 sei ein weiterer Abgangsrückgang zu verzeichnen gewesen: 197,8 Millionen Schilling im Voranschlag, 119 Millionen Schilling laut Rechnungsabschluß. Im folgenden Jahr 1961, sei der Abgang trotz der damals vorgenommenen Gehaltserhöhung lediglich auf 183,5 beziehungsweise 137 Millionen gestiegen. 1962 jedoch sei der präliminierte Abgang wieder auf 108,8 Millionen, der tatsächliche Abgang auf 107,7 Millionen Schilling gesunken. Und nun das Budget für 1963 sieht einen Abgang von 105,1 Millionen Schilling vor.

In dieser Zeit sind aber alle Preise und Kosten wesentlich gestiegen, und wir haben zwei Gehaltserhöhungen gehabt, im Jahr 1962 und 1963. Die Frage taucht auf: wie ist es möglich gewesen, den Abgang in den letzten Jahren bei nur einer einzigen Tarifierhöhung abzubauen. Vor allem führte das Investitionsprogramm zu einer Verbesserung des Betriebsergebnisses, und dann war man ehrlich bemüht, Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Wenn man auf diesem Weg fortschreitet, so meint der Redner, dann wird auch der Tag kommen, daß die Stadtwerke wieder ein ausgeglichenes Budget aufstellen können. Bei aller berechtigten Besorgnis könne man doch sagen, daß sich im großen und ganzen der Investitionsplan sichtbar ausgewirkt hat und der Tag kommen wird, an dem von einer wirklichen Sanierung gesprochen werden kann.

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) nimmt als nächster Debattenredner Stellung. Der heute zu fassende Beschluß sei nichts anderes, als eine Auswirkung jenes Gemeinderatsbeschlusses, durch den die siebenprozentige Gehaltserhöhung genehmigt wurde. Es war schon damals klar, daß die Verkehrsbetriebe diese Lohnerhöhungen nicht auffangen können werden.

Die Wiener Verkehrsbetriebe sind aber nicht die einzigen notleidenden Verkehrsbetriebe in Österreich, alle städtischen Verkehrsbetriebe bei uns und auch in Westdeutschland wirtschaften defizitär, und schließlich auch die Österreichischen Bundesbahnen. Minister Probst hat vor kurzem in einem Vortrag erläutert, warum die Bundesbahnen so notleidend geworden sind. Genau dieselben Argumente müsse auch er heute hier gebrauchen, auch wenn er von einer anderen Fraktion stamme. Ein wesentlicher Grund für das Defizit sind zunächst die großen Kriegsverluste. Die Verkehrsbetriebe haben fast eine Milliarde Schilling aus diesem Grund investiert. Das war natürlich aus Eigenmitteln ausgeschlossen, daher mußten Kredite aufgenommen werden und daher die Verschuldung und die Belastung auf dem Zinsensektor. Verkehrsbetriebe wie Bundesbahn haben aber auch Lasten zu tragen, die ihnen nicht zustehen.

Allein die Altpensionisten kosten die Verkehrsbetriebe jährlich 123 Millionen Schilling, dazu kommen 140 Millionen für diverse Ermäßigungen, die der Gemeinderat beschlossen hat, das sind zusammen 260 Millionen, die die Bilanz der Verkehrsbetriebe aktiv gestalten könnten.

Stadtrat Schwaiger weist auch darauf hin, daß der Abgang im Budget 1963 geringer war als im Budget der Hoheitsverwaltung, und daß einzig und allein die Belastung durch die Löhne und Gehälter die jetzige Situation verursacht haben.

In seinem Schlußwort erklärt Vizebürgermeister Slavik zunächst, wie hoch die Schuldenlast der Stadtwerke ist. Die langfristigen Kredite betragen 1.2 Milliarden Schilling, die kurz und mittelfristigen 500 Millionen, das sind 1.7 Milliarden Schilling. Die Zinsenlast beträgt 70 Millionen. Man könne nicht den Vorwurf erheben, daß die Gemeindeverwaltung die Stadtwerke schlechter behandelt als andere Kreditnehmer, betonte der Vizebürgermeister, und erinnert an den Gemeinderatsbeschluß, den Stadtwerken durch drei Jahre hindurch 100 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Diese 100 Millionen wurden übrigens bei den Ausführungen von Gemeinderat Lanc nicht berücksichtigt.

Im übrigen beurteilte der städtische Finanzreferent die Situation optimistisch. Er hob vor allem hervor, daß die höheren Belastungen nicht auf die Bevölkerung überwälzt wurden. Er vertritt auch die Meinung, daß die Verkehrsbetriebe zu Recht soziale Aufgaben erfüllen, die sozialen Tarife bringen für die Bevölkerung große Vorteile. Man könne zum Beispiel herumschauen, wo man will, man wird keinen Tarif finden, der wie der E-Werkstarif effektiv unter den Preisen von 1937 liegt. Das bedeutet viel für den einzelnen Haushalt, das ist aber auch ein kostensenkender Faktor für Gewerbe und Industrie.

Trotz Erfüllung dieser sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben können wir mit Stolz feststellen, daß sich die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke tatsächlich von Jahr zu Jahr verbessert hat. Das Budget für 1964 ist noch in Beratung. Er könne aber schon jetzt sagen, daß ein Teil der neuen Belastungen von den Stadtwerken selbst übernommen wird. Er glaube daher, daß die Entwicklung langfristig gesehen, nicht ungünstig ist. In fast

allen anderen Wirtschaftszweigen findet jede Gehaltserhöhung auf der Preisseite ihre Auswirkung. Das ist bei uns seit Jahren nicht der Fall im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der Wiener Bevölkerung. Er hoffe, daß weitere Rationalisierungsmaßnahmen es möglich machen werden, die Einnahmenseite nicht zu berühren. Unser Konzept hat dazu geführt, daß wesentliche Verbesserungen erreicht werden konnten und wir dürfen hoffen, daß sich auch in Zukunft das Bild der Stadtwerke verbessern wird. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Neue Subventionen der Gemeinde Wien

Vizebürgermeister Slevik (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Gewährung von Subventionen an die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Eggenburg, die Freiwillige Feuer- und Wasserwehr Naßwald, an das Österreichische Krebsforschungsinstitut und an den Wiener Tierschutzverein. Der Referent stellt fest, daß es sich um die siebente Subventionsliste dieses Jahres handelt, die wahrscheinlich noch nicht die letzte sein wird. Im Laufe eines Jahres wird eine Reihe von Wünschen an die Gemeindeverwaltung herangetragen, die Tätigkeit einzelner Organisationen oder Vereinigungen zu unterstützen. Diese Unterstützung erfolgt nun in der Form, daß den Ansuchern Subventionen zur Verfügung gestellt werden, die der Gemeinderat zu beschließen hat. Nach dem vorliegenden Antrag sollen die beiden Freiwilligen Feuerwehren je 1.500 Schilling, und das Krebsforschungsinstitut und der Tierschutzverein je 100.000 Schilling erhalten. Der Tierschutzverein hat ersucht, außer der normalen Subvention eine einmalige zur Verfügung zu stellen, um den Bau des neuen Tierschutzhauses zu erleichtern.

GR. Liwanec (SPÖ) stellt fest, daß es in unserer heutigen Gesellschaft viele Aufgaben gibt, die irgendwo am Rande der großen Dinge erledigt werden müssen, aber um nichts weniger wichtig sind, als die großen Aufgaben, denen eine Kommunalverwaltung gegenübersteht. Auch die Probleme des Tierschutzes werden von der Öffentlichkeit manchmal zu sehr bagatellisiert. Die Gewährung der beantragten Subvention soll ein Teil der Abstattung der Dankes-

schuld sein, die wir dieser Institution des Tierschutzes gegenüber haben. Unser Tierschutzhaus am Khleslplatz, das über Wien hinaus Bedeutung erlangt hat, wird unter vorzüglicher Leitung mit sehr wenig Personal bestens geführt. Ebenfalls mustergültig für Europa ist unsere Tierrettung, die im Jahre 1962 rund 7000 Tiere auf Wunsch abgeholt und einer Behandlung zugeführt hat. Getötet werden heute nur mehr kranke Tiere. Die gesunden werden im Tierschutzhaus gepflegt. Der Redner kommt sodann darauf zu sprechen, daß es im Tierschutzhaus durch die Umstellung auf Ölheizung nicht mehr möglich ist, Tierkadaver zu verbrennen. Viele alte Menschen wollen ihre verstorbenen Tiere aber nicht der Tierverwertung übergeben und verscharren sie irgendwo, was aus hygienischen Gründen in Wien verboten ist. Es müßte eine Möglichkeit zur Verbrennung von Tieren geschaffen werden.

GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) begrüßt die Subvention für das Österreichische Krebsforschungsinstitut, das seit etwas mehr als zehn Jahren tätig ist. Sicherlich wird sich mancher fragen, ob Österreich im Weltkonzert der Krebsforscher, dem ungeheure Mittel zur Verfügung stehen, überhaupt mitspielen kann. Dazu ist zu sagen, daß im Wiener Krebsforschungsinstitut nicht nur geforscht wird wie man Krebs zu Leibe rücken kann, sondern daß man auch die Methoden der Krebsbehandlung am Krankenbett genau verfolgt. Man weiß heute, daß der Krebs eine Erkrankung ist, wie viele andere auch und sie bei rechtzeitigem Erkennen vollkommen ausgeheilt werden kann. Es ist daher sehr verdienstvoll, daß das Krebsforschungsinstitut die Evidenthaltung und die Überprüfung solcher Fälle durchführt. Von großer Wichtigkeit sind aber auch die Untersuchungen des Institutes bei jedem einzelnen Fall, ob es sich um eine durch den Beruf verursachte Krebserkrankung handelt oder nicht. Diesen Untersuchungen kommt große soziale Bedeutung zu. Die Gewährung einer Subvention an das Krebsforschungsinstitut ist daher mehr als berechtigt.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Gemeindekredite für das Gast- und Schankgewerbe

Hierauf referiert GR. Jodlbauer (SPÖ) über eine Vorlage, mit der der zinsenlosen Kreditaktion der Gemeinde Wien, für Gast- und Schankbetriebe zu den für 1963 bereitgestellten Mitteln von 27 Millionen zusätzlich fünf Millionen zur Verfügung gestellt werden sollen. Er begründet den Antrag damit, daß nach einem zunächst langsamen Anlaufen diese Kreditaktion nunmehr einen regen Zuspruch zu verzeichnen hat und dem ursprünglich vorgesehenen Betrag von 27 Millionen ein echtes Bedürfnis von 32 Millionen gegenübersteht.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stimmt der Vorlage zu, da diese Aktion für das Gast- und Schankgewerbe sehr gut ist, gibt aber zu bedenken, ob es im Hinblick auf die erfolgten Preiserhöhungen nicht zweckmäßig wäre, das Höchstmaß des Einzelkredites von 100.000 auf 150.000 Schilling zu erweitern. Man müsse darauf sehen, daß die Gaststätten und Restaurants so ausgestattet sind, daß sie dem internationalen Ansehen Wiens entsprechen. Dr. Schmidt schlägt vor, bei der Kreditvergabe nicht unbedingt auf einer grundbücherlichen Sicherstellung zu bestehen, sondern auch andere Pfänder, etwa Sparkassenbücher, als Sicherstellung anzunehmen. Schließlich meint er, daß sich die Begutachter nicht immer der nötigen Objektivität befleißigen und man diese Sachverständigen nicht ausschließlich der Gastgewerbesektion des Freien Wirtschaftsverbandes entnehmen soll.

Berichterstatter Jodlbauer erwidert dem Debattenredner, daß nach den bisherigen Erfahrungen der Kredit-Durchschnitt 68.000 Schilling beträgt, und man daher im großen und ganzen mit einem Rahmen von 100.000 Schilling auskommt. Man wird aber in Zukunft darauf achten, ob diesbezüglich eine Notwendigkeit besteht. Was die Frage der Sicherheit der Kredite anlangt, wird mit vollstem Verständnis vorgegangen, wobei die grundbücherliche Eintragung der letzte Ausweg ist. Wenn Sparkassenbücher in das Depot gegeben werden, so werden sie als absolute Sicherheit gerne genommen. Im Kreditverein geht es wirklich demokratisch zu. Dem Kreditausschuß gehören Vertreter aller Parteien an. Es wird absolut objektiv vorgegangen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

./.

Über die Gewährung eines Betrages von 3,5 Millionen für Erneuerungen und größere Wiederherstellungsarbeiten im Stadion, dem Stadionbad und der Stadthalle, referiert GR. Gertrude Sandner (SPÖ). Unter anderem sollen die zweiten Ränge der Stehplatzsektoren im Stadion mit Sitzplätzen ausgestattet werden.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß Stadion und Stadthalle ein Faß ohne Boden zu sein scheinen; sie verschlingen immer wieder Millionen, ohne daß Aussicht besteht, daß sie jemals fertig werden. Dabei handelt es sich um Gelder, die die Steuerzahler aufbringen müssen. Im einzelnen kritisiert der Redner, daß das Stadion zunächst aufgestockt wurde - mit Geldern, über die sich manches Spital, manches Altersheim oder die Verkehrsbetriebe sehr gefreut hätten -, während nun der Fassungsraum durch die Umwandlung von Stehplätzen in Sitzplätze wieder verkleinert wird. Dabei sind in der Praxis die Stehplätze ziemlich ausgefüllt, während die neuen Sitzplätze fast ganz leer sind. So handelt es sich unserer Meinung nach um hinausgeworfenes Geld. Auch bei der Stadthalle, deren Kostenvoranschlag seinerzeit um 150 Prozent überzogen wurde, werden immer neue Arbeiten ausgeführt. Dabei wurde sie leider zum Zentrum einer Massensauferei. Man soll in Gemeinderat kein Lamanto gegen den Alkoholismus anstimmen, wenn man ihn dort, wo man die Möglichkeit hat, nicht bekämpft. Da das Geld, das wir heute hinauswerfen, schlecht angelegt ist, werden wir dagegen stimmen.

Stadtrat Glaserer erklärt in der Diskussion, daß seinerzeit die Aufstockung des Stadions einstimmig beschlossen wurde und ein Bedürfnis dafür vorhanden war. Und wenn wir vor allem eine bessere Nationalmannschaft auf die Beine bringen werden, wird das Stadion wieder zu klein werden. Der Trend geht zweifellos zu den Sitzplätzen, und es ist bezeichnend dafür, daß gerade die teuersten Plätze zuerst verkauft werden. Wenn wir das Stadion umgestalten, dann erfüllen wir den Wunsch breiter Massen der Sportplatzbesucher.

Im Zusammenhang mit dem Oktoberfest in der Stadthalle wurde von einer Säuferolympiade gesprochen. Aber wenn hier von einem Skandal gesprochen werden kann, dann sind es die Auswüchse der Berichterstattung. Es ist keine einzige Scheibe und kein einziger Stuhl kaputt gegangen. Wenn hier, wie es geheißen hat, Stuhlbeine

geschwungen wurden, dann müßte sich jemand sein Stuhlbein von daheim mitgebracht haben. Aber dieselben Zeitungen, die sich in einer derart unqualifizierbaren Art über das Oktoberfest in der Stadthalle ausgelassen haben, begeistern sich am Münchner Oktoberfest und veranstalten sogar Reisen dorthin. Dabei liegt beim Wiener Oktoberfest in der Stadthalle der Akzent gar nicht auf dem Alkohokonsum. In den Jahren, in denen das Oktoberfest veranstaltet wurde, wurden bisher 17.000 Flaschen alkoholfreier Getränke verkauft. Und nach der Aussage des Stadthauptmannes werden in diesem Gebiet jedes Wochenende mehr Verhaftungen vorgenommen, als damals bei der Wiener Stadthalle.

Die Wiener betrachten die Stadthalle als ein Zentrum des Sports, der Kultur und der Unterhaltung, und wir setzen unseren Ehrgeiz darein, sie kostendeckend, ohne Subventionen zu führen. Die Wiener Stadthalle ist die einzige in Europa, die ohne Subventionen lebt. Aber sie basiert eben auf gewissen Grundlagen, etwa der Wiener Eisrevue, dem Artistenprogramm und last not least auch dem Oktoberfest. Dafür erfüllt die Stadthalle Verpflichtungen gegenüber dem Sport, sie subventioniert die Trainingsmöglichkeiten, die sie unseren Sportlern in reichstem Ausmaß bietet, und sie subventioniert auch Dichterlesungen. Es ist noch nicht sicher, ob man das Oktoberfest fortsetzen wird oder nicht. Aber eines steht fest: Wenn man diese Stadthalle kostendeckend führen will, dann muß man dort auch Veranstaltungen durchführen, die die notwendigen Finanzreserven bringen. Wenn berechtigte Kritik geübt wird, werden wir immer versuchen, ihr Rechnung zu tragen; aber sie darf nicht so skandalös sein.

Die Wiener haben die Wiener Stadthalle lieb gewonnen. Sie wird weiterhin zur Zufriedenheit der Bevölkerung geführt werden, man wird weiter versuchen, Sport, Kultur und Kunst dort zu Wort kommen zu lassen und daneben auch für Unterhaltung sorgen, sodaß die Stadthalle auch in der Zukunft ein wirkliches Zentrum der Wiener Bevölkerung sein wird.

GR. Peter (FPÖ) antwortet Stadtrat Glaserer und betont, daß die Kritik seitens seiner Fraktion durchaus nicht gehässig sei und der Stadthalle selbst keineswegs schaden wolle. Seine Fraktion sei keineswegs gegen die Einrichtung der Stadthalle eingestellt. Es gehe vielmehr darum, daß berechtigte Klage über das Anwachsen des Alkoholismus geführt worden und in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden sei, in der Stadthalle werde Mißbrauch mit dem Alkohol getrieben.

Wir müßten alles unternehmen, um zu verhindern, daß vor allem die Jugend solchen Mißbrauch treibe. Und es müsse in erster Linie verhindert werden, daß eine Einrichtung der Gemeinde Wien, eben die Stadthalle, der Jugend Gelegenheit zum Alkoholmißbrauch gebe.

GR. Peter wirft sodann Stadtrat Glaserer vor, nicht gesagt zu haben, wieviel alkoholische Getränke beim Oktoberfest ausgeschenkt wurden. Die beschämende Tatsache bleibe bestehen, daß in der Stadthalle Exzesse vorgekommen sind. In einer Institution, die der Gemeinde Wien gehört, dürfe es so etwas nicht geben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen der FPÖ angenommen.

Assanierung Lichtental

Als Berichterstatter stellt Baustadtrat Heller (SPÖ) sodann den Antrag auf Genehmigung des Entwurfes, der Kosten und der Baubewilligung für die Errichtung der unter "Assanierung Lichtental" zusammengefaßten städtischen Wohnhausbauten im 9. Bezirk, und zwar der Häuser Liechtensteinstraße 93 und 101, Salzergasse 21, Lichtentaler Gasse 4-Marktgasse 27 und Marktgasse 19. Laut Plan sollen dort insgesamt 82 Wohnungen, acht Geschäftslokale, eine Polizeidienststelle und 24 PKW-Einstellplätze errichtet werden. Im einzelnen sollen entstehen: im Haus Liechtensteinstraße 93 22 Wohnungen und zwei Geschäftslokale, in der Liechtensteinstraße 101 elf Wohnungen und zwei Geschäftslokale, in der Salzergasse 21 15 Wohnungen und ein Geschäftslokal, im Haus Lichtentaler Gasse 4-Marktgasse 27 22 Wohnungen, drei Geschäftslokale und eine Polizeiwachstube, in der Marktgasse 19 zwölf Wohnungen.

Die gesamten Baukosten einschließlich der Kosten für die Errichtung verschiedener Stützmauern belaufen sich auf 16,670.000 Schilling. Die erforderliche Baurate noch für 1963 beträgt zwei Millionen Schilling.

GR. Hausner (KLS) stellt in der Debatte fest, daß seine Fraktion den Antrag begrüße. Zu kritisieren sei jedoch, daß erstens das bisherige Arbeitstempo viel zu langsam sei und zweitens der Plan, eine bessere Auflockerung des Gebietes zu erreichen, nicht dem gesteckten Ziel gerecht werde.

Zum ersten Punkt seiner Kritik erklärt Hausner, daß vor allem das Herzstück der Assanierung, die vorgesehenen Bauten um die Lichtentaler Kirche, besonders rasch verwirklicht werden sollte. Die Arbeiten an dem im Projekt vorgesehenen Bau eines Kinderfreibades und eines Kindergartens, die von der Bevölkerung besonders dringend gewünscht werden, müßten vorgezogen und zu allererst durchgeführt werden. Zum Problem der zu geringen Auflockerung des für die Assanierung bestimmten Gebietes bemerkt der Gemeinderat, daß die im Plan vorgesehenen höheren Häuser anstelle der jetzigen ebenerdigen Gebäude zweifellos zur Bildung von bisher nicht dagewesenen Gassenschluchten beitragen würden. Die Bevölkerung werde jedenfalls dadurch weniger Luft und Licht bekommen.

Im Schlußwort betont Stadtrat Heller, es sei sehr erfreulich, daß die geplante Assanierung von allen begrüßt werde. Dem Wunsch, daß rascher gebaut werden sollte, schließe er sich gerne an. Man müsse jedoch bedenken, daß die Lichtentaler Gegend eigentlich schon seit 40 Jahren "assaniert" werde. Das heißt, daß bisher nur darüber geredet worden sei. Im Gegensatz dazu sei man jetzt aber trotz großer Schwierigkeiten bereits an die Durchführung des Projekts geschritten.

Ferner bemerkt Stadtrat Heller, es stimme keinesfalls, daß der Plan keine Auflockerung mit sich bringe. Im Gegenteil, die Südseiten aller Bauten zum Beispiel werden an Grünanlagen grenzen; darüber hinaus ist auch die Schaffung einer großen öffentlichen Grünfläche vorgesehen. Wenn bisher nicht schneller an die Durchführung des Projekts herangegangen werden konnte, so seien vor allem die langwierigen Verhandlungen und die zeitraubende Umsiedlung daran schuld. Die weiteren Arbeiten werden jedenfalls ungleich rascher vorangehen als bisher. In der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Schnellstraße Hubertusdamm-Prager Straße

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, die Genehmigung des Ausbaues der Schnellstraße-Nordeinfahrt vom Hubertusdamm bis zur Prager Straße im 21. Bezirk, referiert wieder Stadtrat Heller.

./.

Er betont, daß die großen Brückenbauten im Nordwesten Wiens bereits soweit gediehen sind, daß nunmehr mit dem Bau der Straßenanschlüsse begonnen werden muß.

Dem vorliegenden Projekt entsprechend ist die Verbreiterung des bestehenden Dammes der aufgelassenen Nordwestbahnstraße von zehn Meter auf 20 bis 30 Meter Dammkronenbreite sowie eine Erhöhung des Dammes zwischen der Jedleseer Straße und der Arnoldgasse um zirka zwei Meter vorgesehen. Diese Arbeiten sollen heuer begonnen und im nächsten Frühjahr beendet werden. Die neue Straße erhält zwei sieben Meter breite Fahrbahnen, die durch einen 2,60 Meter breiten Grünstreifen getrennt sein werden. Im Bereich der linken Seite der dritten Donaubrücke und im Teilstück von der Brücke über die Jedleseer Straße bis zur Höhe der Arnoldgasse sind für den Abbiegeverkehr zusätzliche 3.50 Meter breite Fahrspuren neben jeder Fahrbahn vorgesehen. Ferner wird auf der Höhe der Arnoldgasse, von der dort vorläufig endenden Hauptfahrbahn abzweigend, eine sieben Meter breite Abfahrtsrampe in die Prager Straße und von der Prager Straße eine ebenfalls sieben Meter breite Auffahrtsrampe errichtet werden.

Die Gesamtkosten für den Bau des etwas mehr als ein Kilometer langen Straßenstücks betragen zwölf Millionen Schilling, für 1963 ist eine Rate von zwei Millionen vorgesehen.

In der Debatte würdigt GR. Dr. Schmidt (FPÖ) die Tatsache, daß sich dieses Vorhaben harmonisch in das Projekt einfügt, das eine bessere Verbindung zwischen der Innenstadt und Floridsdorf vorsieht.⁺⁺ Bei einer Besichtigung des Baues der Schnellstraße - bei der Döblinger Brücke wurde damit ja bereits begonnen - seien ihm jedoch folgende Bedenken gekommen: Die neue Straße sei auf beiden Seiten eng begrenzt, und zwar auf der einen Seite durch einen erhöhten Bordstein und auf der anderen Seite an der Böschung durch eine hohe Stützmauer. Diese Begrenzungen lassen dem Kraftfahrer keine Möglichkeit, die Fahrbahn bei einem Unfall oder Defekt zu verlassen und das Fahrzeug am Straßenrand abzustellen. Das Fehlen dieser Möglichkeit werde sicherlich empfindliche Störungen des Verkehrs mit sich bringen. Abgesehen davon sei allein das Vorhandensein solcher Hindernisse geeignet, die Fahrsicherheit herabzusetzen.

Der Kraftfahrer wird dadurch automatisch einen größeren Abstand vom Straßenrand einhalten, um nirgends anzustreifen. Gründe für die Anlegung der Stützmauer seien kaum gegeben gewesen. Die Böschung sei nicht so steil, daß sie eine Stützmauer notwendig mache. Viel besser wäre gewesen, ein Bankett oder einen Pflastersaum auf gleicher Ebene mit der Straße anzulegen. Die Stützmauer sei eine überflüssige Fleißaufgabe gewesen.

Stadtrat Heller betont im Schlußwort, daß die Stützmauer deshalb unbedingt aufgeführt werden mußte, weil in der Böschung ein großer Gasstrang liege, der geschützt werden mußte. Über den Bau dieser Straße stehe jedoch nichts im vorliegenden Antrag. Für die Anlegung der in Frage stehenden Straße jedenfalls werde ja die Dammkrone verbreitert und am Fahrbahnrand werde es genügend Platz für ein kurzfristiges Abstellen der Fahrzeuge geben. Abgesehen davon werde ja die Straßenbreite durch die Brückenbreite bestimmt. Eine zusätzliche Verbreiterung sei also technisch unmöglich. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

GR. Billmaier (SPÖ) referiert über die Erhöhung des Sachkredites für die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage 16, Starkenburggasse, von 35 Millionen Schilling um weitere 4,6 Millionen Schilling. Der Redner begründet die Sachkrediterhöhung mit den gestiegenen Preisen für Löhne und Baumaterial und mit dem nachträglichen Anbau von zwei Geschäftslokalen.

GR. Neset (FPÖ) gibt seiner Sorge über die ständigen Sachkrediterhöhungen Ausdruck. Die Mitglieder des Gemeinderates müßten alles daransetzen, durch eine gesunde Wirtschaftspolitik jene Grundlagen zu schaffen, die es uns möglich machen, unser Wohnbauprogramm ungeschmälert fortzusetzen.

GR. Billmaier weist im Schlußwort nochmals darauf hin, daß die Sachkrediterhöhung nicht allein durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter, sondern auch durch die Errichtung der zwei Geschäftslokale verursacht wurde. Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Erleichterung für die Alten

GR. Pfösch (SPÖ) referiert über den Anbau eines Personenaufzuges in der städtischen Wohnhausanlage 16, Sandleitengasse 43. Es handelt sich hier um ein acht Stock hohes Wohnhaus, das 1926 bezogen wurde. Damals waren die 142 Stufen für die jungen Menschen kein Problem. Für die nunmehr Älter gewordenen wird der Aufzug eine große Erleichterung sein. Die Kosten betragen 440.000 Schilling.

GR. Windisch (SPÖ) verweist darauf, daß mit dem nachträglichen Einbau von Aufzügen in Gemeindewohnhäusern im Jahre 1958 begonnen wurde. Bisher konnten 20 Aufzüge mit einem Kostenaufwand von 5,1 Millionen Schilling errichtet werden. Seit 1962 sind weitere 20 Aufzüge mit Kosten von 6,7 Millionen im Bau.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort, der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hochwasserschutzbauten

GR. Bednar (SPÖ) referiert über die Durchführung der Hochwasserschutzarbeiten am Wienerwaldsee, für die 700.000 Schilling genehmigt werden sollen. Damit soll die Staukrone erhöht und verschiedene Verbesserungsarbeiten durchgeführt werden.

GR. DDr. Strunz (ÖVP) führt aus, seine Fraktion werde selbstverständlich dem Antrag die Zustimmung geben. Er spricht dann über verschiedene fachliche Überlegungen im Zusammenhang mit Hochwasserschutzbauten, besonders im Bereich des Donaustromes.

GR. Ing. Hofmann (SPÖ) stellt fest, daß die Notwendigkeit der Durchführung der Hochwasserschutzarbeiten am Wienerwaldsee auch für die Bevölkerung leicht erkennbar ist. Bei großen Hochwasserschutzbauten, für die bedeutende Mittel aufgewendet werden müssen, ist diese Notwendigkeit für den Laien oft nicht leicht erkennbar. Erst das Fehlen solcher Vorkehrungen würde sich äußerst negativ und verheerend auswirken. Die Gemeinde Wien hat in den vergangenen Jahren bedeutende Mittel für den Hochwasserschutz ausgegeben, fand jedoch leider beim Bund nicht die notwendige finanzielle Unterstützung. Derartige große Vorhaben könnten aber von einer Gemeinde allein, auch wenn es sich um die Stadt Wien handelt, nicht durchgeführt werden.

Die Bewohner um das Mühlwasser haben schon oftmals Anschauungsunterricht bekommen, was es bedeutet, wenn Wasserschutzbauten nicht durchgeführt werden. Selbst kleine harmlose Gerinne können nach starken Regenfällen schwere Schäden verursachen. Man kann sich daher nur der bereits von GR. Strunz aufgeworfenen Frage, wo der totale Hochwasserschutz für die Stadt Wien bleibt, anschließen. Dieser totale Hochwasserschutz der Donau ist aber ein Anliegen, das die finanzielle Kraft der Gemeinde Wien übersteigt. Die Gemeindeverwaltung muß darauf dringen, daß bei einem derart großen Projekt der Bund mindestens 40 Prozent der Kosten trägt. Angelegenheit der Fachleute wird es sein, Projekte für den totalen Hochwasserschutz für Jahrzehnte auszuarbeiten. Durch ein bereits vorliegendes Projekt würde es nicht nur möglich sein, den entsprechenden Hochwasserschutz zu schaffen, sondern darüber hinaus eine zusätzliche Erholungsfläche durch Schaffung einer Insel zu erhalten. Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Nimmerrichter (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Ankauf einer 730 Quadratmeter großen Liegenschaft von der Liegenschafts-, Verwaltungs- und Verwertungs.Ges.mbH, zum Zwecke der Verbauung in Wien 12, Wilhelmstraße 39. Ein Quadratmeter dieses Grundstückes stellt sich auf 1.600 Schilling. Auf der Liegenschaft stand ursprünglich ein durch Bomben zerstörtes Gebäude, das aber bereits abgerissen ist. Die Grundfläche ist daher für die Errichtung eines Wohnhauses geeignet. Für den Bau können Mittel aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds beansprucht werden.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) stellt fest, daß der Grundpreis entschieden überhöht sei. Es handelt sich hier um eines jener Spekulationsgeschäfte, die im Gemeinderat wiederholt kritisiert wurden. Die Liegenschaft wurde von den jetzigen Verkäufern im Jahre 1954 um einen Quadratmeterpreis von 116 Schilling erworben. Zweifellos hat die Gesellschaft seither Aufwendungen für die Liegenschaft machen müssen. Vor allem die Abtragung des bombenbeschädigten Objektes wurde von ihr durchgeführt. Wobei allerdings festzustellen ist, daß die Baufirma, die den Abbruch vornahm, niemand anderer als ein wesentlich an der Gesellschaft Beteiligter

ist, die heute die Liegenschaft verkauft. Außerdem hat das Abbruchmaterial einen beträchtlichen Wert dargestellt. Auch die Tatsache, daß die Liegenschaft mit öffentlichen Geldern aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds belehnt werden kann, dürfte nicht für Preisspekulationen zum Anlaß genommen werden. Das Gesetz wurde schließlich nicht dazu geschaffen, daß es auf dem Grundstücksmarkt preistreibend wirkt. Die Gemeinde Wien dürfte derartige Geschäfte nicht abschließen. Die FPÖ könne daher dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Nimmerrichter stellt fest, daß sich der Preis eines Grundstückes nach Angebot und Nachfrage richtet. Das genannte Grundstück hat eine gute Lage, das Haus ist abgetragen und die Mieter sind abgesiedelt. Der Ankauf erscheint daher als gerechtfertigt. Bei der Abstimmung wurde der Antrag ohne die Stimmen der FPÖ angenommen.

Schließlich wird noch der Antrag auf Errichtung einer Tankerreinigungsanlage im Hafen Lobau mit einem Gesamtbetrag von 14,480.000 Schilling genehmigt.

Nach Erledigung der Tagesordnung begründet GR. Lauscher (KLS) den Antrag auf Verlesung und Besprechung seiner Anfrage, betreffend die Wiener Fleischwerke. Wenn über den Verkauf von 500 Kubikmeter Nadelschnittholz ein Gemeinderatsbeschluß notwendig ist, so führt er aus, dann darf es auch kein Hintertürchen geben, die Fleischwerke unter Umgehung des Gemeinderates an Privatinteressenten zu verkaufen. Nachdem Millionenbeträge für den Ausbau und die Modernisierung ausgegeben wurden, soll der Betrieb nun in die Hände privater Unternehmer gespielt werden. Es erhebt sich die Frage: Wie konnten die Wiener Fleischwerke, die mit Geldern der Wiener hochmodernisiert worden sind, in so große Schwierigkeiten geraten? Gemeinderat Lauscher stellt das Verlangen auf Eröffnung der Debatte und volle Aufklärung durch den Finanzreferenten.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage wird abgelehnt, die Beantwortung wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Die Sensation des Jahres:

Zum erstenmal Geburtenüberschuß in Wien!

=====

Die Bevölkerungsvorgänge im September

25. Oktober (RK) Im Monatsbericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien werden für September 1.338 Eheschließungen, 1.814 Lebendgeborene und 1.795 Sterbefälle ausgewiesen. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres hat die Zahl der Eheschließungen um 139 Fälle abgenommen, die Zahl der Geborenen jedoch ist um 175 gestiegen, die Zahl der Sterbefälle ist um vier zurückgegangen.

Besondere Beachtung verdient diesmal wieder die Zahl der Lebendgeborenen. Wie schon im März kamen auch im September mehr als 1.800 Kinder lebend zur Welt. Damit wurden im heurigen Jahr bis Ende September 15.405 lebendgeborene Kinder gezählt, das sind mehr als im ganzen Jahr 1958!

Erstmalig gibt es im neuen Wien (seit dem 1. September 1954) einen Geborenenüberschuß!

Er ist mit 19 zwar sehr gering und leitet sich von den Knaben her, deren Zahl die der gestorbenen Männer um 73 übertrifft, während die Zahl der gestorbenen Frauen um 54 größer ist als die der lebendgeborenen Mädchen, - bedeutet aber immerhin einen bemerkenswerten Wandel.

Nach dem Bericht der Bundes-Polizeidirektion sind im September 12.514 Personen nach Wien zugewandert, 9.575 Personen wanderten ab. Die Bevölkerungszahl betrug am 1. September 1,634.126.

- - -

Empfang für den Ärztekongreß

=====

25. Oktober (RK) Vor Abschluß des 17. Österreichischen Ärztekongresses gab die Stadt Wien heute abend einen Empfang in den Neuen Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses. Bürgermeister Jonas begrüßte im Beisein der Stadträte Dr. Glück und Heller die österreichischen Mediziner und die ausländischen Gäste, die an dem Kongreß teilnehmen, und hieß sie im Wiener Rathaus herzlich willkommen.

- - -